

Tagesneuigkeiten.

Die Saarkohlen.

Berlin, 31. Jan. WTB. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Im Auftrag der bayerischen Regierung wurde in einer zweiten Note dringend um Freigabe der für Bayern notwendigen und von den Alliierten bereits zugesagten Saarkohlen ersucht. Zur Erfüllung der den Alliierten zu leistenden landwirtschaftlichen Maschinen wurde gleichfalls um die Freigabe der Zufuhr linksrheinischer Halbsabelkate, Kohlstoffe und Sprengmaterialien gebeten. Auch die Erlaubnis, 250 000 Kilo Baumwollgarne aus den besetzten Gebieten auszuführen, wurde nachgesucht.

Starke Erhöhung der Eisenbahntarife.

Mit dem 1. April treten, nach Veröffentlichungen im St. A. im württ. Eisenbahnverkehr starke Tarifserhöhungen im Personen- wie im Güterverkehr in Kraft. Es wird orientiert: das Reisen in der 1. Klasse um 100, in der 2. Klasse um 40, in der 3. Klasse um 30, in der 4. Klasse um 25 Proz. Um den letzteren Satz wird auch die Beförderungsgebühr für Hunde erhöht. Der Einheitsfahrpreis für Arbeiterfahrkarten wird von 1 auf 1,2 $\frac{1}{2}$ für den Kilometer erhöht. Der Mindestpreis für eine Arbeitermehrkarte ist bei einer Fahrt auf 40 bei Hin- u. Rückfahrt auf 80 $\frac{1}{2}$ festgesetzt. Bei den Zeitkarten tritt eine Tarifserhöhung um 20 Proz. ein. Monatskarten für Schnellzüge kosten wie bisher das Einheitsfahrgehalt der Monatskarten für Ein- und Personenzüge. Bei den Schnellzügen kommt die besondere Ergänzungsgeldgebühr in Wegfall, dagegen betragen die Schnellzugzuschläge ab 1. April in der ersten Zone bei 1. und 2. Klasse 2, 3. Klasse 1, in der zweiten Zone 4 bzw. 2, in der 3. Zone 6 bzw. 3 $\frac{1}{2}$. Der sechsbetrieblige 100proz. Zuschlag bei der Gepäckkraft wird auf 50 Proz. ermäßigt. Im Tier- und Güterverkehr werden die Frachtsätze um 60 Proz. erhöht.

Die Mehreinnahmen werden im Personenverkehr auf rund 3,8, im übrigen Verkehr auf rund 31, im ganzen auf rund 35 Millionen angenommen, wobei den Berechnungen in der Hauptsache die Verkehrsstatistik des letzten Friedensjahres 1913 zugrunde gelegt sind. Da diese heute auch nicht mehr annähernd zutreffend sind, so werden auch die Ergebnisse weit geringer sein.

Begünstigt werden die großen Aufschläge mit dem gewaltigen Defizit bei der Eisenbahnerhaltung, die auch durch diese Erhöhung bei weitem nicht ausgeglichen werden.

Der 10-Stundentag im besetzten Gebiet.

Berlin, 31. Jan. WTB. Die deutsche Waffenstillstandskommission meldet: Infolge der Aufhebung des 10-Stundentages in den von der Entente besetzten deutschen Gebieten ist ein Streik der Eisenbahnangestellten des Eisenbahnbezirks Köln bevorstehend. Die deutschen Behörden haben zwar die Arbeiter und Beamten zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt. Es sind aber nicht nur für das unbefestigte Deutschland schwere Störungen des wirtschaftlichen Lebens zu erwarten, sondern man muß auch für die Industrie und die Arbeiterschaft des gesamten besetzten Gebietes

große Nachteile befürchten. Die Alliierten würden daher durch eine Note der deutschen Waffenstillstandskommission über die Lage der Verhältnisse aufgeklärt und ihnen gleichzeitig ein Schreiben der Eisenbahndirektion Köln befürwortend übermittelt, in dem die Bitte ausgesprochen wird, den 10-Stundentag beizubehalten zu dürfen.

Protest gegen die Tschechen.

Troppau, 31. Jan. WTB. In Freiwaldau wurde ein besonderes schlesischer Städtetag abgehalten, auf dem eine Resolution angenommen wurde, in der die versammelten Vertreter der Städte des Sudetenlandes vor der Pariser Friedenskonferenz und vor der gesamten Welt gegen die ihnen durch die Tschechen zugefügte Bergewaltungsbewahrung einlegen. Die Resolution führt zahlreiche Bergewaltungsfälle an, u. a. daß die Tschechen die deutsche Volkswehr und die Polizeibehörde entwaffneten, die lebenden deutschen Beamten ablegten, zahlreiche Gemeindevorstellungen gewaltsam auflösten, daß das tschechische Militär Gewalttaten gegen die friedliche Bevölkerung verübte und daß in rein deutschen Gebieten die tschechische Amtssprache eingeführt wurde. Der Städtetag beharrt auf dem Standpunkt, daß die rein deutschen Siedlungsgebiete des Sudetenlandes als untrennbares Ganzes nur dem deutschösterreichischen Staat angegliedert werden dürfen und spricht die Ueberzeugung aus, daß durch zwangsweise Zuweisung dieser Gebiete zum tschechoslowakischen Staat eine ständige Gefahr für die Ruhe der Welt entsteht, da sich die Deutschen von dieser Fremdherrschaft zu befreien suchen würden. Der Städtetag spricht schließlich die Hoffnung aus, daß die Friedenskonferenz nicht dulden wird, daß die Deutschen der Sudetenländer weiterhin der tschechischen Unterdrückung ausgeliefert bleiben.

Keine Einziehung von Landbesitz.

Berlin, 30. Januar. Berliner Morgenblätter ließen sich am Donnerstag früh aus Halle melden, daß der Direktor der dortigen Landwirtschaftskammer mitgeteilt habe, es stünde die Veröffentlichung eines Gesetzesentwurfs über Siedelung bevor, wonach der Großgrundbesitz 10% seiner Fläche abtreten müsse. Ferner sollten in gewissem Umfang Einziehungen stattfinden. Dagegen erfahren wir vom preuß. Landwirtschaftsministerium, daß diese Meinung, die ganz dazu angetan sei, unter den ländlichen Besitzern die größte Beunruhigung zu erregen, keineswegs den Tatsachen entspricht. Die Meinung besage überhaupt nichts Neues, sondern bringe Bestimmungen eines längst bekannten Siedelungsgesetzesentwurfs in schärfer, innerlichstehender Form zum Ausdruck. Durch den Gesetzesentwurf betr. das Verkaufsrecht von ländlichem Besitz hat sich der preussische Staat bekanntlich das Erwerbsvorzugsrecht auf ländliche Besitzungen von mehr als 20 Hektar gesichert. Man hofft, auf diesem Weg hinreichend Land für Siedlungszwecke zu erhalten. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, so ist unter bestimmten Voraussetzungen eine Enteignung geplant. Von einer Einziehung kann jedoch keine Rede sein. Für die Enteignung kommen nur Güter in Betracht, die entweder in

Händen von Kriegsgemianälern sind oder schlecht bewirtschaftet werden, sowie solche Güter, die in den letzten 30 Jahren mehrfach den Besitzer wechselten oder von den Besitzern nicht selbst bewirtschaftet werden oder aus Baumruinen zusammengeleitet sind. Beim Großgrundbesitz soll sich die Enteignung nur erstrecken auf Güter über 100 Hektar und auch hier soll nur ein kleiner Prozentsatz des 100 Hektar übersteigenden Landbesitzes von der Enteignung betroffen werden. Doch diese ganzen Enteignungspläne sind, wie gesagt nur als letzte Mittel gedacht, für den Fall nämlich, daß der Staat durch Ausübung des Vorkaufsrechts nicht genügend Land für Siedlungszwecke erhält. In allen Fällen ist volle Entschädigung vorgesehen. Zu irgend welchen Besorgnissen besteht für die ländlichen Besitzer daher kein Anlaß.

Die Streiklage in Oberschlesien.

Beuthen, 31. Jan. WTB. Die Streiklage in Oberschlesien hat in den letzten Tagen eine erhebliche Besserung erfahren. Während vorgestern auf der Ferdinandgrube noch 60 und gestern 16 Proz. ausländisch waren, ist heute der Streik auf der genannten und auf der Rheingrube erloschen. Auf den fürstlich pießlichen Gruben sind noch etwa 50 Proz. ausländisch, ebenso bei weiteren 11 Gruben. Bei 18 Gruben ist der Ausfall noch vollständig.

Konstantinopel.

Lugano, 31. Jan. Nach einem Athener Privattelegramm des Messagero wurde laut B. Z. der türkische Sultan nach Kleinasien verschifft. Wie der Auslandspolitiker der Neuen Züricher Zeitung aus verlässlicher Quelle mitteilt, sei es sicher, daß Konstantinopel unter keinen Umständen türkisch bleibe.

Die frühere bayer. Königin schwer erkrankt.

München, 31. Jan. Das Befinden der früheren Königin von Bayern Maria Theresia, das sich in den letzten Tagen infolge geringer Nahrungsmittelaufnahme sehr verschlechtert hatte, hat in der letzten Nacht eine Wendung genommen, die das Schlimmste befürchten läßt.

Die deutschen Kolonien.

Paris, 31. Jan. Die gestrige Sitzung der Friedenskonferenz legte die Verhandlungen über die deutschen Kolonien fort. Die vier Staaten hatten an der Ansicht fest, daß die deutschen Kolonien an die Gesellschaft der Nationen übergehen sollen. Die Dominions und Japaner verlangen die Zuweisung der ihnen benachbarten Kolonien. Lloyd George stütze sich auf den Vorschlag des amerikanischen Botschafters Wilson, wonach am 8.-10. Febr. seine Reise nach Belgien ausfallen und die verbleibenden Gegenden, die Dierschlachtfelder und alle benachbarten, dann direkt nach Paris zurück.

Paris, 30. Jan. WTB. Endlich Präsident Wilson, die Premierminister und die Minister des Reiches von Amerika, Großbritannien, Frankreich und Italien, sowie die Vertreter Japans hielten am Donnerstag drei

Der vereitelte Flottenvorstoß Ende Oktober 1918.

Der 1. Admiralstabsoffizier des Flottenkommandos sendet nachstehende Ausführungen zur Klärung der Lage bei dem vereitelten Flottenvorstoß Ende Oktober 1918, über den die verschiedensten Gerüchte im Umlauf sind:

Nach Eingang der Nachrichten über die schwere Bedrohung der flandrischen Front Anfang Oktober wurde vom Flottenkommando beschlossen, möglichst bald einen Vorstoß der gesamten Flotte zu machen, um den rechten Flügel des Heeres, sei es direkt durch Schädigung des Feindes auf seiner Verkehrsstraße Thimse—Flandern, sei es indirekt durch die in dem Vorstoß zum Ausbruch kommende Bedrohung des Verkehrs, zu entlasten. Die allgemeine Wetterlage (schlechtes Wetter im ganzen September, daher kein Minenjagen, Nordphale) und die militärische Lage ließen diesen Vorstoß nicht vor Ende Oktober zu. Vorbereitungen für die Unternehmung war nämlich, daß sie 1. solange als möglich geheim blieb, daß also der Vorstoß aus der Deutschen Bucht heraus in langer, dunkler Nacht erfolgen mußte, damit wir nicht einem überraschenden Zusammenstoß mit stark überlegenen feindlichen Streikkräften ausgesetzt waren, und daß 2. eine genügende Anzahl U-Boote vor Beginn der Unternehmung auf den Anmarschwegen der feindlichen Flotte angelegt werden konnte, um heranzuschreitende feindliche Flottenkräfte rechtzeitig empfindlich schädigen zu können. Diese U-Boote standen, da der U-Bootekrieg Anfang Oktober abgebrochen worden war, jetzt zur Verfügung, konnten aber erst Ende Oktober in ausreichender Zahl aufmarschieren.

Aus dieser Gesamtlage wurde die Unternehmung folgendermaßen geplant: Die Flotte sollte am Tage vorher Sicht von Land von der Heigoländer Bucht so nach Westen marschieren, daß sie erst nach Einbruch der Dunkelheit die Deutsche Bucht zwischen Terchelling und Hornsiff umgeben und schützenden Minengürtel erreichte. Alle Minenjagtreilkräfte waren zu der Zeit anmarschiert, um die Flotte durch diesen Minengürtel in die neutrale, minenfreie Rinne westlich des Minengürtels zu bringen. Während der Nacht sollten dann zwei Gruppen leichter Streikkräfte, die jede aus Torpedobooten und einigen kleinen

Kreuzern bestanden, gegen die flandrische Küste und die Ausfahrt aus der Themse vorstoßen. Der Befehl sah vor, daß diese Gruppen mit Hilfswerten feindliche Streikkräfte vor der Flandernküste und vor der Themsemündung angreifen und spätestens eine Stunde später den Anmarsch antreten sollten. Zu ihrer Deckung, gegen etwa in den Hoofden stehende stärkere Streikkräfte — es kamen dort, wie uns zuverlässig bekannt war, immer nur schwache Teil-Streikkräfte der feindlichen Flotte in Frage — hatte der Befehlshaber der Aufklärungsstreikkräfte Befehl, mit dem Panzerkreuzergeschwader und einer ausreichenden Zahl von Torpedobooten den Vorstoß der beiden Gruppen nachts eine Strecke zu begleiten und dann die Gruppen am nächsten Morgen aufzunehmen.

Das Gros der Flotte endlich sollte mit geringer Fahrt als Rückhalt nur so weit folgen, daß es spätestens 5 Uhr nachmittags, d. h. vor Dunkelwerden, wieder in der neutralen Rinne stand, und sollte dann von dort unter dem Schutz der Minenjagverbände in die Deutsche Bucht zurückkehren.

Dieser Plan wurde auf das strengste geheimgehalten und war nur den Offizieren des Flottenstabes, dem Befehlshaber der Minenjagverbände und dem Führer der U-Boote bekannt. Erst wenige Stunden vor dem beabsichtigten Auslaufen aus der Bucht wurde er den anderen Unteroffizieren in Uniform bekannt gegeben. Es ist daher vollkommen unmöglich, daß mit Bezug auf die Unternehmung Offiziere verurteilt, Abschiedsbriefe geschrieben oder sonstige Vorbereitungen getroffen worden sind.

Betrachten wir die Gesamtlage der Unternehmung, so ergibt sie, daß diese Operation erheblich weniger Risiko enthielt, als z. B. der Vorstoß unserer Torpedoboots im Februar 1918 in die Doverstraße, oder die vereitelten Flottenvorstöße zum Beschießen der englischen Ostküste. Dieser Plan hatte aber gute und große Erfolgsaussichten. Wir hatten mehr Torpedoboots und bessere Torpedoboots, als jemals früher, und wir hatten unsere U-Boote, die durch den U-Bootekrieg auf eine bis dahin unerreichte Höhe der Leistungsfähigkeit gebracht waren. In großer Zahl hatten sie ihre Beobachtungs- und Angriffspostion ganz im geheimen bereits an dem Tage eingenommen, an dem der Flottenschef die Flotte auf der Außenjade versammelte. Eine weitere Anzahl sollte mit der Flotte auslaufen und ihr während des Marsches nach Süden den Rücken decken.

Dicht vor den Ausläufen des Firth of Forth lagen die ersten Reihen von U-Booten, etwa in der Mitte zwischen der Straße in der neutralen Rinne, von der aus die Flotte nach Süden marschieren sollte, und dem Firth of Forth, lag eine zweite und dichtere Reihe. Diese Reihen mußten von der gegnerischen Flotte, die in den nordöstlichen Häfen lag, passiert werden, wenn sie den Kampf aufnehmen wollte. Sie konnte also keinesfalls, ohne vorher wirksam von unseren drausen U-Booten angegriffen zu sein, herankommen. Aber noch mehr: zwischen der zweiten U-Bootenlinie und weiterer Ausfallstelle sollten kleine Kreuzer und Hilfskreuzer (der alibiwährte „Dove“ war z. B. mit herangezogen) wirksame ausgedehnte Minenfelder auf den Anmarschwegen des Feindes legen. Auch diese Fahrzeuge lagen alle an dem Abend, als die Flotte sammelte, klar zum Auslaufen.

Trifft man solche Vorbereitungen, wenn man die Flotte operieren will? Nein, diese Operation war so angelegt, daß, wenn der Engländer den Kampf suchte, er ihn nicht ohne schwerste Schädigungen vor Eintritt in die Schlacht haben konnte, war so angelegt, daß unsere Flotte, wenn der Engländer kam, um sie — trotz der Verluste, die er im Anmarsch haben mußte — zum Kampfe zu stellen, die Schlacht unter den denkbar günstigsten Bedingungen gehabt hätte.

Sa, warum habt ihr uns das nicht gesagt? wird es jetzt heißen. Die Antwort ist einfach: Belügt euch doch nicht selbst, ihr, von den großen Schiffen; ihr wißt es ja ganz genau, daß in den letzten Jahren niemals, bevor jeder Verkehr mit dem Lande abgeschlossen war, derartige Absichten bekannt gegeben worden sind, weil das nicht sein durfte. Ihr wißt es ja doch auch genau, daß, und wie uns Spione umgaben. Warum kamen unsere Panzerkreuzer am 24. Jan. 1918 in eine so schwierige Lage? Weil ihr Auslaufen, ihre Ansicht dem Engländer bekannt geworden war. Wie leicht wäre es dem Flottenkommando gewesen, die Flotte in den sicheren Tod zu führen, wenn es das wollte, was ihr euch vorlügt! Es brauchte nur seine Absicht vorzeitig bekanntzugeben, dann war unser Weg mit feindlichen U-Booten, feindlichen Minen gesperrt. Das überlegte sich jeder, wenn er ehrlich überlegen will. Ueber den Flottenvorstoß Ende 1918 wird die Geschichte urteilen. Ihr Urteil wird für die Leute, die die großen Schiffe lenkten, vernichtend sein.

Dingmann, Korvettenkapitän u. Admiralstabsoffizier des Flottenkommandos.

ober schlicht
iter, die in den
schlechten aber
et werden aber
im Großgrund-
auf Güter über
er Prozentlosh
von der Gut-
Enteignungs-
teile gebacht,
Ausübung des
erlungswerte
schädigung
besteht für die
ien.
lage in Ober-
liche Besserung
verbundgründe
er, ist heute
Oheimgründe
ben sind nach
en 11 Gruben.
ndig.
attelegramm
che Sultan
landpolitiker
Quelle mittelw.
ter keinen
ertraut.
früheren W-
in den letzten
me sehr ver-
ne Wendung
st.
de: Friedens-
deutschen
an der An-
le Gesell-
en. Die De-
Bewertung der
stärke sich auf
lison wird
en ausführlich
schleifer und
rückt.
ndent Wil-
des Zeugnis
b. Stollen, so-
merstag drei
erth lagen die
Ritte zwischen
und die Notie
irth of Forts,
leihen mußten
ordschottischen
upf aufnehmen
ther wirksam
lein, bran-
den A-Boots-
Kreuzer und
B. mit her-
der auf den
e Fahrtenge
ummerte, die
man die Flotte
angeflegt, daß,
sich nicht ohne
schlacht haben
wenn der Eng-
le er im Ma-
die Schlacht
habe hätte.
t? wird es
uch doch nicht
st es ja gang
vor jeder Ver-
schlüssen be-
en durfte. Die
Spions um-
en 24. Jan.
auslaufen, ihre
er. Wie leicht
Flotte in den
was ihr auch
is bekanntge-
booten, jedoch
wenn es ehe-
de 1918 wird
die Besatz, die
k.
habsoffizier

Sitzungen. Der Gedankenaustausch über den Stillen Ozean und Afrika ging in Anwesenheit der Vertreter der Dominions, des französischen Kolonialministers Simon und Salvoago Raggios weiter. Ein zufriedenstellendes (1) vorläufiges Abkommen ist über die hinsichtlich der deutschen Kolonien und der besetzten Gebiete in der ostasiatischen Lücke anzuwendenden Grundzüge getroffen worden. Am Nachmittag war die belgische Abordnung anwesend. Sie legte den belgischen Standpunkt hinsichtlich des Kongos aus. Außerdem wurde entschieden, daß die militärischen Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte und der oberste Kriegsrat in Versailles aufgefordert werden sollen, einen Bericht über die beste und sachgemäße Verteilung der für die Aufrechterhaltung im besetzten asiatischen Gebiete notwendigen Streitkräfte einzureichen. Die nächste Sitzung findet am Freitag statt.
Bern, 31. Jan. W.B. Die Forderungen Wilsons auf Internationalisierung der deutschen Kolonien hat die offizielle Pariser Zeitung in Harisch gebracht. Dazu kommt noch, daß die Pariser Ausgabe des „Daily Mail“ zu berichten weiß, in einem Geheimvertrage zwischen England und Japan letzterem die Inseln im Nord des Stillen Ozean zugesprochen worden sind. Wilson könne dies aber nicht zugeben, da die Anweisung dieser Inseln durch Japan den Westen Amerikas stark verächnapfen würde.

Russische Bolschewisten in Berlin!

In einer Sitzung der Soldatenräte Groß-Berlins überbrachte eine Abordnung des Petersburger Arbeiterrates ein großes rotes Banner, das während der Sitzung auf der Tribüne gegenüber dem Präsidentensitz angebracht wurde. Die Inschrift des Banners lautete: Dem Berliner Arbeiter- und Soldatenrat der Arbeiter- und Soldatenrat der Petersburger Kommune.

Französische Stimmungsmache.

Paris, 31. Januar. Das „Echo de Paris“ schreibt, daß aus den eingehenden Untersuchungen hervorgegangen sei, daß die Bewohner des Saarbeckens große Furcht vor den Bolschewiken, Spartakisten und den Unabhängigen hätten. Die Bewohner erklärten, daß sie hundertmal lieber unter der sicheren und festen französischen Verwaltung zu bleiben wünschten, als ein bolschewistisches Regiment zu erdulden.

Die Arbeitslosen in Stuttgart.

Die Zahl der Arbeitslosen, die am 18. Januar auf 3785 angegeben wurde, hat sich seitdem auf 10 963 erhöht und zwar 7864 Männer und 3099 Frauen.
Auf die einzelnen Berufe verteilen sich diese Arbeitslosen folgendermaßen: 1542 Kaufleute, 240 Kaufm. Hilfspersonal, 283 Techniker, 1300 Metallarbeiter, 400 Beschleissarbeiter (Schneider, Schuhmacher usw.), 826 Nahrungsmittelarbeiter, 602 Holzarbeiter, insbesondere Schreiner, 269 Köche, 574 Köchler, 208 Hotelbedienten, 449 graphische Arbeiter, 900 Fabrikarbeiter, Tagelöhner usw., 2500 Bauarbeiter.
An weiblichen Arbeitskräften sind vorhanden: 380 Kaufm. Hilfspersonal, 1940 gewerbliche Arbeiterinnen, 217 Köchlerinnen, 159 besseres Hauspersonal und 200 Dienstboten, Köchlerinnen und Zimmermädchen.

Zur Kohlenversorgung in Süddeutschland.

Die Kohlenversorgung Süddeutschlands nimmt einen besorgniserregenden Charakter an, da nach einer Umfrage sich ergeben hat, daß in den meisten Süddeutschen die Kohlenvorräte zur Neige gehen und die Zufuhren zum Teil ganz unbedeutend sind. Infolgedessen ist auch die Kohlenversorgung von Süddeutschland in Frage gestellt, da die Böhmerwerke nicht mehr genügend Brennholz zur Feuerung besitzen. Sollte die Kohlen auf ihrem Standpunkt beharren und auch weiterhin keine Kohlen von den linksrheinischen Erzeugungsgeländen nach der rechtsrheinischen Seite herüber lassen, so wären im rechtsrheinischen Süddeutschland katastrophale Verhältnisse unvermeidlich, deren Folgen gar nicht abgesehen werden können.

Aus Stadt und Bezirk.

Magold, 3. Februar 1919.
Hebertagen wurde u. a. je eine ständige Lehrstelle in Calmbach O.A. Neuenbürg dem Hauptlehrer Albert in Bietighelm O.A. Bietighelm, Calw dem Hauptlehrer Schick in Lehenweiler O.A. Böblingen, Göggingen O.A. Böllingen dem Unterlehrer Träger in Kaiserweiler O.A. Maulbronn, Böblingen O.A. Calw dem Unterlehrer Wilh. Straub in Winnenden O.A. Weiblingen, Böblingen O.A. Herrenberg dem Hauptlehrer Wöh in Reisch O.A. Marbach, Neuenbürg O.A. Freudenstadt dem Stellvertreter Karl Schumacher in in Busslingen O.A. Reutlingen, Oberot O.A. Gaildorf dem früheren Oberlehrer Ditterbach in Eßhausen O.A. Magold, Oberschwandorf O.A. Magold dem Unterlehrer Böhlingen in Unterjesingen O.A. Herrenberg, Rammelshausen O.A. Cannstatt dem Hauptlehrer Beng in Eßlingen O.A. Magold.
Berlischen wurde von der Universität Tübingen der akademische Grad bei der naturwissenschaftlichen Fakultät Christian Bessig aus Eßlingen.
Bestätigt wurde von Regierung des Schwarzwaldkreises die Wahl des Verwaltungspraktikanten Jakob Senner von Erdmannhausen O.A. Marbach zum Dispo-

steger der Gemeinde Hildrighausen O.A. Herrenberg, und des Verwaltungspraktikanten Hermann Rinkels in Rezingen zum Dispo-

Bereinigung der Kriegsteilnehmer Magold.

Die 1. Mitgliederversammlung der Vereinigung am Samstagabend in der „Traube“ war trotz der wichtigen Tagesordnung nur wenig besucht. 1. Vorsitzender Kam. Talmon-Gros leitete die Versammlung. Punkt 1 der Tagesordnung betraf den Anschluß des Vereins an einen größeren Bund. Nachdem am vorhergehenden Sonntag 1. ein Vertreter der in Frage kommenden Verbände ihr Programm und Ziel entwickelt hatten, sollte die gestrige Versammlung die Entscheidung treffen. Die Vereinigung schloß sich mit 39 gegen 4 Stimmen dem größten deutschen Verband, dem Reichsbund der Kriegeschädigten und Kriegsteilnehmer, beizutreten am 1. März d. J., an. Die Wahl geschah geheim mit Stimmzetteln. Hierauf ging man zur Beratung der Statuten, zunächst des Ortsvereins, dann kurz des Bundes, über, die von der Versammlung angenommen wurden. Die Sammlung der Geldspende für die Magolder Kriegsgesangenen hat bisher die Höhe von 1370 Mark erreicht. Mehrere Spenden stehen noch aus. Die Vereinigung wird in der Lage sein, zugleich mit einem von Kam. Bach entworfenen künstlerischen Gedenkblatt aus der Heimat, jedem einzelnen Gefangenen 40-50 M zu senden. Den Spendern wird gleichfalls das Gedenkblatt mit anderer Unterschrift überreicht. In der Gefangenentage beschloß der Verein auf Antrag des Ausschusses, eine Reliquie, deren Wortlaut noch festgesetzt wird, an den Verein für Gefangenensfürsorge, den Reichsbund und die Württ. Landesversammlung zu richten, in der diese ersucht werden, mit allen Mitteln für die Heimführung unserer Kriegsgesangenen einzutreten. Die hiesige Wohnungsfrage rief eine rege Debatte hervor. Man begrüßte den letzten Beschluß des Gemeinderates, erachtete aber den Bau eines Hauses auf der Halterbacher- und der 3 Häuser auf der Calwstraße nicht für ausreichend. Auch dürfte der Bau nicht erst erfolgen, wenn das Reich bezw. der Staat den Finanzierungszuschuß zahlt. Es ist Pflicht der Stadt, für Wohnungen für die Kriegsteilnehmer zu sorgen. Der Verein wird ein Ausschreiben in der hiesigen Zeitung erlassen, in welchem alle Kriegsteilnehmer ohne Wohnung oder ungenügender Wohnung aufgefordert werden, anzugeben, was für eine Wohnung sie benötigen. (Siehe S. 12). Die Vereinigung beschloß als korporatives Mitglied der Ortsgruppe den Württemb. Kriegshilfsvereins beizutreten und ebenso mit dem hiesigen Rat gestriger Arbeiter gemeinsam in der Wohnungsfrage energisch vorzugehen. Der Verein zählt 31. 157 Mitglieder, darunter 11 Kriegswitwen. Nach Erledigung verschiedener anderer wichtiger Angelegenheiten wurde die Versammlung unter Dankworten vom Leiter geschlossen.

Frecher Diebstahl. In einem Garten am Riedweg wurde in der Samstagsnacht eingebrochen. Die Einbrecher drangen in den Hühnerstall und schlachteten sämtliche Hühner an Ort und Stelle ab und verschwand damit. Ebenfalls wurden aus einem anderen Garten sämtliche Hühner gestohlen.

Landwirtschaftskammer. In voller Würdigung der hohen Bedeutung der einheimischen Landwirtschaft und in dem Bestreben, dem landwirtschaftlichen Berufsstand die gleiche Berechtigung in seiner Berufsvorbereitung wie anderen Berufsständen einzuräumen, hat sich die Provinzialische Regierung entschlossen, die Landwirtschaftskammer in Württemberg in möglichster Eile zur Bewirklichung zu bringen. Ein vorläufiger Gesetzentwurf ist im Erziehungsministerium bereits aufgestellt worden. Er trägt in seiner Grundzügen dem Wunsch der Landwirte nach einer selbständigen Berufsvorbereitung in vollem Maße Rechnung und vermeidet alle überflüssigen Beschränkungen und Bevormundungen der Landwirtschaftskammer von Seiten des Staates. Den Bekundungen aus den landwirtschaftlichen Kreisen entsprechend, die sich mit überwiegender Mehrheit für die Einrichtung nur einer Landwirtschaftskammer in Württemberg ausgesprochen haben, steht der Entwurf von der Einrichtung mehrerer Kammern ab. Die das Land umfassende Landwirtschaftskammer soll aus 48 Mitgliedern bestehen, die von den Landwirten unmittelbar im Wege der Verhältniswahl in vier mit den Landeskreisen zusammenfallenden Wahlbezirken gewählt werden. Das aktive und passive Wahlrecht ist unter den gesetzlichen Voraussetzungen allen dem landwirtschaftlichen Berufsstand angehörenden Männern und Frauen eingeräumt, die Eigentümer, Pächter oder Pächter von landwirtschaftlichen benutzten Grundstücken sind. Der Aufgabenkreis der Landwirtschaftskammer umfaßt auch die Forstwirtschaft und den Gartenbau und erstreckt sich nicht nur auf die Begutachtung und Beratung in allen sachlichen und wirtschaftlichen Fragen, sondern weist der Kammer insbesondere auch eine weitgehende Bedeutung in der Landwirtschaftspflege zu. Mit Genehmigung der Regierung kann sie auch Einrichtungen und Veranstaltungen namentlich auf dem Gebiet der Tierzucht und des Pflanzenbaus, die bisher in der Hand des Staates lagen, selbst übernehmen und betreiben. Weitgehende Selbstständigkeit der Landwirtschaftskammer ferner in ihrer inneren Verwaltung und der Bildung und Erziehung ihrer Organe eingeräumt, über die sie in der Satzung und Geschäftsordnung die näheren Bestimmungen trifft. Endlich soll der Kammer zur Bestreitung ihrer ungedeckten Kosten das Recht zur Erhebung von Umlagen gegeben werden, die nach dem Grundsteuerkapital der umlagepflichtigen Grundstücke auf die Gemeinden verteilt werden. Diese sind berechtigt, ihren Anteil nach dem Steuerbetrag auf die einzelnen Grundstücke umzulagen.

Die Deutschen in der Ukraine. Der Vorsitzende des Vertrauensrats der deutschen Kolonisten aus dem Schwarzmeergebiet, Pastor Winkler, ist von einer Reise in die Ukraine und nach Odessa zurückgekehrt und berichtet, daß die deutschen Kolonisten in der Ukraine sich im großen Ganzen wohl befinden und bisher unter dem Bürgerkrieg verhältnismäßig wenig gelitten haben. Nur im Gouvernement Scharhorod haben Räuberbanden Besitz und Leben der Kolonisten schweren Schagen zugefügt. Es sind viele Morde vorgekommen. Pastor Winkler hat von seiner Reise über 1000 Briefe meist an Angehörige der 7. Württ. Landw.-Division mitgebracht, die inzwischen schon den einzelnen Angehörigen zugestellt worden sind. Nach seinen Mitteilungen geht es den Truppen gut. Sie sind gut untergebracht und der Gesundheitszustand ist gleichfalls befriedigend. Stimmung Disziplin sind gut. Bei den jetzigen Verhältnisseverhältnissen in der Ukraine können die Leute nicht auf dem Landweg nach der Heimat abtransportiert werden; sie warten in Ruhe, bis Schiffe von Hamburg herankommen und sie abholen sollen. Weihnachten und Neujahr waren die Truppenente, die in der deutschen Kolonie Groß-Liebertal liegen, bei den Kolonisten zu den Festen eingeladen, die ihnen Weihnachtsbäume geschmückt hatten und auf jede Weise ihr schweres Los erleichtern halfen. Pastor Winkler ist in etwa 14 Tagen wieder in die Ukraine und ist bereit, Briefe an die Angehörigen der militärischen Formationen mitzunehmen. Solche Briefe können bei der Abteilung 18 des Roten Kreuzes, Stuttgart, Königsstraße 15p. abgegeben oder dahin übersandt werden und die Abteilung übermitteln sie Herrn Pastor Winkler.

Fahrkarten. Um einen vollständigen Neudruck der Fahrkarten anlässlich der am 1. April eintretenden allgemeinen Erhöhung der Personalfahrt zu vermeiden, ist beabsichtigt, wie im Vorjahr auf den alten Fahrkarten die neuen Preise durch die Fahrkartenabgabe aufzupapieren zu lassen.

Sozialisierung. Unter dem Vorsitz des in der Zwischenzeit in das Ministerium des Innern abgetreteneu Arbeitsministers Dr. Lindemann fanden am 3. und 21. Januar Beratungen der von der Regierung berufenen Sozialisierungskommission statt. Es wurden vier Unterkommissionen eingesetzt, die sich mit der Frage der Sozialisierung der Elektrizität, Wasserkraft, Binnenschifffahrt, Fideikommiss, Forstwirtschaft, Grundkreditwesen, Grund und Boden, Versicherung, Kommunalisierung, Gas und Wassererzeugung, Straßenbahnen, Luftschifffahrt, Ernährung, Gewinnbeteiligung der Arbeiter zu befassen haben. Die Unterkommissionen haben ihre Arbeit bereits aufgenommen.

Aus dem übrigen Württemberg.

Neuenbürg. In der am 30. Januar unter Vorsitz des derzeitigen Amtsvorstehers Reg.-Assessors Gailer abgehaltenen Amtsvorversammlung wurde unter anderem folgendes behandelt: Oberamtspfleger Rübler erstattete Bericht über die Tätigkeit des Kommunalverbands im Geschäftsjahr 1917. Der buchmäßige Jahresumlag betrug 12 621 829 Mk., der Reingewinn betrug 13 941 Mk. Die Vergütung des Bezirksamtsblattdruckers wurde neu geregelt. Der Voranschlag der Amtsvorversammlung weist eine Ungültigkeit von 345 000 Mk. auf. Die öffentliche Schuld ist auf 4 500 000 in Folge des Krieges gemachsen. In geheimer Wahl wurde als Arzt für das Bezirkskrankenhaus Dr. med. Ludwig Böcker, Assistent an der chirurgischen Klinik des Pforzheimer städt. Krankenhauses mit 15 Stimmen gewählt. Dr. med. H. Grosner, Stabsarzt d. L. Feuerbach erhielt 8, Dr. med. Grob-Neuenbürg 3 und Dr. med. Gärtner-Wildberg 1 Stimme.

Wildbad. Wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, beruht die vor einigen Tagen in einer Wildbader Zeitung erschienene Nachricht über einen Verkauf der Müllarkuranstalt auf einem Irrtum. Die Anstalt ist nur wegen des bestehenden Kohlenmangels den Winter über geschlossen, sie wird im Frühjahr rechtzeitig wieder eröffnet werden, und es ist zu hoffen, daß recht viele Kriegsschädigte in ihr Heilung oder wenigstens Linderung ihrer Leiden finden. Unrichtig ist auch die Annahme, daß die Mittel für die Anstalt ganz oder teilweise vom Staate Württemberg bewilligt worden wären. Sie sind vielmehr im vollen Betrage vom Reiche zur Verfügung gestellt.

Rottendorf. Den Vorsteherkammern des Kommunalverbands haben diese einen Besuch abgepflegt und sich reichlich mit all den Sachen versehen, nach denen man so allgemeine Sehnsucht hat.

Reudensdorf. Wie der „Grenz“ aus zuverlässiger Quelle erzählt, soll der Bau der Bahn Oppenau-Oriesbach anfangs April, sobald die Winterung die Arbeiten erlaubt, in Angriff genommen werden. Mit den Vorarbeiten zu diesem Ausbau, wie Gelände-Erwerbungen, Abmessungen usw., ist schon begonnen worden.

Stuttgart. Hier hat eine Massenkundgebung der Deutschen demokratischen Partei stattgefunden. Nach Reden von Geh.-Rat Hägele, Dr. Schwammberges und Konrad Hausmann wurde eine Entschlossenung gefaßt, in der Anklage erhoben wird gegen die Fortsetzung der erpresserischen Hungerblockade, die im Widerspruch mit dem von Deutschland im Jahre 1917 bestätigten Grundgesetz der Menschlichkeit steht, gegen die völkerrrechtswidrige Fortdauerung der Gefangenen, gegen den Raub der deutschen Kolonien und gegen die verübte Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts des Volkes im Westen und im Osten. Sie erwartet und fordert von der Reichsregierung und der Nationalversammlung eine entschlossene und geschlossene Politik, die sich auf den von der deutschen Republik eingekommenen Standpunkt eines geschlossenen Bündnisses stellt und die gepannte Vergewaltigung der Gerechtigkeit demarkiert.



Letzte Nachrichten.

Die Ordnung in Bremen ist durch Verhandlungen militärisch wiederhergestellt und gesichert.

Der Oberste Kriegsrat der Allierten hat den geheimen Kriegsvertrag mit Rumänien, in welchem Rumänien das Banat und Temiswar zugesprochen werden, aufgehoben.

Wie die deutsche Waffenstillstandskommission mitteilt, hat das Oberkommando der Allierten eine Note der Kommission überreicht, in welcher bezüglich der zu liefernden Lebensmittel Aufschlüsse finanzieller Art verlangt werden.

Um unklare Elemente fernzuhalten und sportliche Deutsche zu vereiteln, ist vom 5. Februar ab zur Reise nach Weimar und zum Aufenthalt dort ein besonderer Paß erforderlich.

Der schweizerische Bundesrat erhob einen Protest gegen die völkerrechtswidrige Zurückbehaltung der schweizerischen Gesandtschaft in Petersburg.

Familiennachrichten.
Kurzweilige.

Gestorben: Johann Fabner, Tischler, 81 Jahre alt, Freudenstadt; Johannes Klump, Kirchenpfleger, 73 Jahre alt, Pöhlgraben; Katharine Faust geb. Goller, 79 Jahre alt, Reichenbach; Louis Haug, Schneidermeister, 64 Jahre alt, Böhlingen; Gustav Kowal, Tischlermeister, Böhlingen; Frau Friedrike Kähler, Witwe, geb. Kleibus, 76 Jahre alt, Calw; Wilhelm Kull, Gaiatal; Michael Bösch, Calw; Paul Müller, Finanzamt, Herrenberg; Ch. Marie Deudner alt Rittermeisterin, 75 Jahre alt, Bendorf; Frau Fanny Claus, geb. Hall, Doramtschneiderei-Witwe, 63 Jahre alt, Calw; Johannes Baum, Battenhändler, 78 Jahre alt, Hochdorf.
Im Felde gestorben: H. F. Friedrich Böhner, 24 Jahre alt, Ergersheim; Konrad Hermann Wildemann, Schwann; Landhütermann Johann Schöder, 38 Jahre alt, Schönberg; Maschinist Josef Dietz, Wehingen.

Bestellt den „Gesellschafter!“

Wetter am Dienstag und Mittwoch.
Trockenes Frostwetter.

Nach der Schlußmeldung des Wetterdienstes von Nagold, Freitag, den 30. Januar 1919, hat sich das Wetter am Samstag (31. Jan.) folgendermaßen gestaltet:

Amthches.

Es wird hiermit auf die im Staatsanzeiger für Württemberg Nr. 20 vom 25. Januar 1919 und Nr. 21 vom 27. Januar 1919 erschienenen:

Bekanntmachung des Staatssekretärs des Reichsamts für den Handel mit Karbon, Papier und Pappe vom 17. Mai 1918 und

Öffentliche Bekanntmachung betreffend Rückgabe in Belgien u. Frankreich beschlagnahmter Betriebsanrichtungen besonders hingewiesen.

Nagold, den 30. Jan. 1919. Oberamt
Oberamtmann: Müll. H. B.

Dr. med. Heinrich Poth
Spezialarzt für Chirurgie u. Frauenkrankheiten
NAGOLD, Marktstr. 466
bei Metzgermeister Burkhardt
hält bis auf Weiteres
seine Sprechstunden von 11-12 vorm. ab.

Kriegsteilnehmer,
welche keine Wohnung haben, oder deren Wohnung unzulänglich ist, werden gebeten, umgehend zur Sammlung von Material in der Redaktion des Blattes vorzusprechen.
Der Vorstand der Vereinigung der Kriegsteilnehmer
Nagold.

Hochzeits-Einladung.
Wir mit beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am
Dienstag, den 4. Februar 1919
stattfindenden Hochzeitsfeier in des Gasthofs „Röble“ in Sulz freundlichst einzuladen.
Philipp Dengler & **Friederike Kienzle**
Sohn des Friedrich Dengler, Bauer. Tochter des Martin Kienzle, Schäfer.
Kirchgang 11 Uhr.
Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Ein guterhaltener, polierter
Dualtisch, 2 Sessel
u. ein Klavierhocker mit Rohrfuß
steht im Auftrag zum Verkauf bei
Fr. Sezer, Schreinermeister.

Mädchen
nicht unter 20 Jahren, in Hausarbeiten bewandert und an pünktliches Arbeiten gewöhnt findet auf 15. Febr. Beschäftigung in der Apotheke.
Mädchen von Nagold, auch Umgebung, denen an längerem bleiben gelegen ist, wollen sich von Montag an bei mir vorstellen.
Apotheker Schmid.

Suche für mehrere Privat-
haushalt (2 Kinder) zum
1. März ds. Js. ein fleißiges,
ehrliches
Mädchen,
nicht unter 20 Jahren.
Gute Behandlung und
Entlohnung zugesichert.
Frau Friz Schnaith,
Wäschegehilfin
Lüdingen, Mühlstr. 3.

Nagold.
Messer u. Scheren
jeder Art werden
zum Schleifen
angenommen.
Ebenso verkaufe ein Paar
guterhaltene
Rohrstiefel Nr. 39.
Bahnhofstr. 50 Hhs.

Wenn Sie
Schnitten Sie
sich sofort kosten-
los die Zusendung
unserer reich-
haltigen Prospek-
te mit
preiswerten
Objekten aller
Art in allen
Organen
Universitäts-Ver-
mittl. Zentrals
Küchen,
Badstr. 15 1

Bei Kauf von
Häusern, Villen
Grundstücken u.
Geschäften oder
auch. Kaufver-
träge ist größte
Vorsicht
am Platz!

Lebensmittelmarkt 46
werden vom Dienstag ab
eingeliefert
200 g Getreide zu 48 Pf.,
200 g Kraut zu 44 Pf.,
100 g Hülsenfrüchte zu 44 Pf.
bei Raaf Christian, Rau-
fer Reibhandlung, Rau-
fer Wilhelmine, Sen-
ner, Schittenhelm und
Schmid Friedrich.
Marktstr. 1, 2, 19.
Städt. Amt: Ratler.

Gesangbücher
Vorwärts bei
G. W. Jaifer,
Buchhdlg. Nagold.

Anlösung des Reserve-Lazarettes
Unteres Bad Liebenzell
werden folgende Gegenstände
versteigert:
1 schwarzes Pianino, 50 Bettladen poliert und
lack., 40 poliert. und lack. Kasten, 30 Waschtische,
42 Nachttische, 20 Kommoden, 15 Sofas, 80 Sessel
u. Gartenstühle, eine Zinkbadewanne, eine Anzahl
Spiegel, Porzellan und sonstigen Hausrat.
Die Versteigerung findet am
Dienstag den 4. und Mittwoch den 5. Febr.
statt. Beginn der Versteigerung **vormittags 9 Uhr.**
Stadtinventarier Kolb.

Handwerkskammer Reutlingen.
Meisterprüfungen.
Zur Laufe dieses Frühjahrs finden am 15. Febr. die
Handwerkskammer Meisterprüfungen in sämtlichen Gewer-
ben statt. Den Prüfungen gehen nach Bedarf 12wöchige
freiwillige Vorbereitungskurse in Buchführung, Kalku-
lation, Wägelkunde, Gewerberecht und Gesetzkunde vor-
aus. Das Unterrichtsgeld beträgt einschließlich der Lehr-
materialien 15 M. Der erste Kurs beginnt voraussichtlich
Ende Februar. Voraussichtlich werden aber auch von den
gewerblichen Vereinigungen der einzelnen Oberamtsbezirke
solche Vorbereitungskurse, die von der Handwerkskammer
und der Zentralstelle für Gewerbe und Handel finanziell
unterstützt werden, abgehalten. Eine Einweisung in solche
Vorbereitungskurse bleibt vorbehalten. Anmeldungen zur Prüf-
ung, wozu Formulare unentgeltlich von der Geschäftsstelle
der Kammer bezogen werden können, sind mit Nachweis
(Zeugnis oder amtliche Bescheinigung) des Bestehens der
Gesellenprüfung und einer mindestens 4jährige Gesellenzeit,
sowie mit der Angabe, ob ein Vorbereitungskurs besucht
werden will,
spätestens bis 15. Februar 1919
an die Handwerkskammer Reutlingen einzureichen. Mit
der Anmeldung ist die Prüfungsgebühr von 30 M. und im
Fall des Kursbesuches den Betrag mit zusammen 45 M.
einzubehalten. Diese Beträge können mittels Zahlkarte
auf unser Postcheckkonto Nr. 847 einbezahlt werden. Die
Prüfungstermine selbst können erst festgelegt werden, wenn
alle Anmeldungen vorliegen.
Reutlingen, den 29. Januar 1919.
Der Vorstand der Handwerkskammer:
Vorstandender: R. Bollmer. Syndikus: R. Hermann.

Ich habe mich in Nagold als
prakt. Arzt niedergelassen
und übe ab 1. Februar Praxis aus.
Sprechzimmer: Gasthof z. „Röble“, 2 Treppen.
Sprechstunde: Werktags von 10¹/₂ Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm.
Sonntags 9-10 Uhr vorm.
Privatwohnung: Kaufmann H. Knodel.
Dr. med. Beck,
prakt. Arzt.

Nagold, den 31. Jan. 1919.

Dankfagung.
Für die uns erwiesene herzliche Teilnahme während der Krankheit und beim Heimgang unseres lieben Vaters, Vaters, Schwieger- und Großvaters und Onkels
Christian Großmann,
Gerichtsvollzieher
sowie alle die Angehörigen, die Begleitung von hier zur letzten Ruhestätte, insbesondere für den ehrenvollen Nachruf seitens des Herrn Landgerichtsrat Ushöfer sprechen wir unsern innigen Dank aus.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Nagold, den 2. Februar 1919.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Katharine Gener, geb. Graf
für die zahlreiche Leichenbegleitung und die schönen Kranzspenden und besonders für die kostreichen Worte des Herrn Dekan sagen innigsten Dank
die trauernden Hinterbliebenen

Zu verkaufen
einen gut erhaltenen Rindereschlitten, 2-füßig,
sowie eine gut erhaltene
Waschmaschine mit Feuerung.
Bei wem? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.